



Herrn
Nationalratspräsident
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 WIEN

BUNDESORGANISATION

RAUHENSTEINGASSE 5
A-1011 WIEN
TEL: 0222 / 512 12 98-0 DW FAX: 62 DW

Wien, 1992-02-03
wi-re/0105

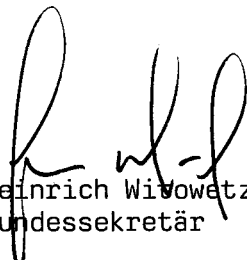
Betrifft GESETZENTWURF	
Zi.	-GE/19. PZ
Datum: 4. FEB. 1992	
Verteilt 4. Feb. 1992	<i>Witz</i>

Sehr geehrter Herr Präsident,

Dr. Sommer

in der Beilage übermitteln wir 25 Ausfertigungen unserer Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird.

Mit freundlichen Grüßen


Heinrich Witzowetz
Bundessekretär



An das
Bundesministerium für Umwelt,
Jugend und Familie / Abteilung III

Franz-Josefs-Kai 51
1010 WIEN

BUNDESORGANISATION

RAUHENSTEINGASSE 5
A-1011 WIEN
TEL: 0222 / 512 12 98-0 DW FAX: 62 DW

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird; Einleitung des Begutachtungsverfahrens GZ 23 0102/89-III/3/91

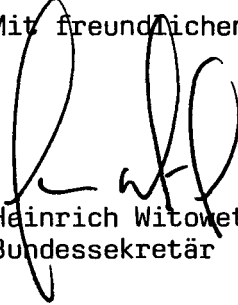
Wien, 1992-01-31
wi-re/0103

Stellungnahme zum oben genannten Entwurf:

Die Österreichischen Kinderfreunde begrüßen, daß die Altersgrenze im Bezug auf den Anspruch von Familienbeihilfe generell vom 25. auf das 27. Lebensjahr angehoben wird.

Gegen die im Gesetz vorgesehene Überprüfung des Studienfortganges im Zusammenhang mit der Gewährung der Familienbeihilfe ab dem 25. Lebensjahr bis zum 27. Lebensjahr gibt es von unserer Seite keinen Einwand.

Mit freundlichen Grüßen



Heinrich Witowetz
Bundessekretär